

01|21

Zukunft Hessen

Ein Magazin der SPD Hessen und
der SPD-Landtagsfraktion

10

**Damit es jedes
Kind packt**

Franziska Giffey

14

**Power
im Doppelpack**

Ein Porträt über
Nancy Faeser & Eyke Grüning

19

Mietenstopp

Mike Josef

KOMMUNALLIEBE

MEHR VIELFALT!

WINDMÜLLER SCHAFFEN MIT AUFFORSTUNGEN
UND WALDUMBAU MEHR VIELFALT IN WÄLDERN.
DAS ERHÖHT AUCH DIE ARTENVIELFALT.

Mehr unter www.wind-energie.de und
in der Naturschutzbroschüre des
Bundesverbandes WindEnergie e.V.



Das Herz der Demokratie

„Die ganze Politik soll sich zum Teufel scheren, wenn sie nicht dazu da ist, den Menschen das Leben etwas leichter zu machen.“ Wer Kommunalpolitik macht, weiß, wie wahr dieser Satz von Willy Brandt ist. Umso wichtiger ist mir persönlich meine kommunale Verankerung als Stadtverordnete und Kreistagsabgeordnete. Denn hier, in unseren Städten und Gemeinden, schlägt das Herz der Demokratie. Ob Bildung oder Betreuung, ob Infrastruktur oder Kultur – in unseren Kommunen entscheidet sich, wie wir miteinander leben. Hier engagieren sich tausende ehrenamtlich in ihrer Freizeit, um als Bürgerinnen und Bürger die Geschicke ihrer Heimat mitzubestimmen. Sie verdienen unseren allergrößten Respekt.

Dabei sind die Aufgaben groß, doch die Mittel oft knapp. Und das nicht erst seit der Corona-Pandemie. Denn Hessens Kommunen leiden unter der kommunalfeindlichsten Landesregierung Deutschlands. Das Ergebnis von zwei Jahrzehnten CDU-geführter Landesregierung sind geschlossene Schwimmbäder, fehlende Büchereien und unterfinanzierte Krankenhäuser. Wir glauben: Hessens Kommunen können mehr und sie verdienen mehr Unterstützung.

In dieser Ausgabe stellen wir deshalb die Kommunen in den Mittelpunkt. Wir lassen Menschen zu Wort kommen, die vor Ort Verantwortung tragen und aus erster Hand die Herausforderungen schildern, vor denen sie stehen. Und wir zeigen auf, wie die Sozialdemokratie auf allen Ebenen unsere Kommunen fit für die Zukunft machen will.

Herzlichst



Nancy Faeser
NANCY FAESER

Vorsitzende der SPD Hessen und
der SPD-Landtagsfraktion

Ein Zollstock kann die Qualität eines Betriebes nicht messen!*

*Mitte 2021 wird der Markt für Online-Glücksspiel bundesweit geöffnet. Zeitgleich drohen in einigen Bundesländern Schließungswellen für staatlich konzessionierte Spielhallen. Verantwortlich dafür sind antiquierte Mindestabstände in den Landesgesetzen. Diese Zwangsschließungen werden auch ein Loch in die kommunalen Haushalte reißen!

www.admiral-games.de

Mit über 550 Standorten gehört ADMIRAL zu den erfolgreichsten Spielhallenfiliälen Deutschlands und steht für ein legales, staatlich konzessioniertes Glücksspielangebot auf höchstem Niveau.

ADMIRAL

INHALT

Themen

EDITORIAL
**Das Herz
der Demokratie**
03
VON NANCY FAESER

STANDPUNKT
**Kommunale
Zwangslagen**
06

%
FAKTENCHECK
Kommune
07

STANDPUNKT
Unser Hessen
08

GASTBEITRAG
**Damit es jedes
Kind packt**
10
VON FRANZISKA GIFFEY

GASTBEITRAG
**Betreuungsgarantie
aus kommunaler
Sicht**
12
VON CHRISTEL SPRÖSSLER

BETREUUNG
**Schulchaos in Zeiten
der Pandemie**
13
VON CHRISTOPH DEGEN

PORTRÄT
**Power im Doppelpack
Nancy Faeser &
Eyke Grüning**
14
VON BENJAMIN LANDT

INTERVIEW
**Aufklären, was
wirklich passiert ist**
16
MIT NANCY FAESER

WOHNEN
**Zwischen Mangel
und Bedarf**
18
VON ELKE BARTH



GASTBEITRAG
Mietenstopp
19
VON MIKE JOSEF

GASTBEITRAG
**Medizinische
Versorgung im Blick**
20
VON ANDREAS SIEBERT

VERSORGUNG
Knappes Gut
21
VON DR. DANIELA SOMMER

VERSORGUNG
Mo|bi|li|tät
25
VON TOBIAS ECKERT

!
ACHTUNG, SCHWARZGRÜN
**Die klebrigen Finger
des Finanzministers**
22
VON CHRISTOPH DEGEN

D
RUDOLPH DIREKT
**Ein Schlag ins
Gesicht**
24
VON GÜNTER RUDOLPH

R
RUBRIK
**In den Kochtopf
geschaut**
26
VON DR. THOMAS SPIES

Kommunale Zwangslagen

Die Kommunalpolitik in Hessen steht seit Jahren vor wachsenden Herausforderungen, die sie mit dem von der Landesregierung eng geschnürten Gürtel kaum noch bewältigen kann. Gleichzeitig sind es die Kommunen, die die meisten Möglichkeiten haben, das direkte Lebensumfeld der Menschen zu gestalten und die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern.

SPD-LANDTAGSFRAKTION

Unsere Kommunen sind wahrscheinlich eine der am meisten unterschätzten Ebenen des föderalen Systems. Das mag zum Teil daran liegen, dass sich Kommunalpolitik oft unter dem Radar der Medienberichterstattung hindurchbewegt. Sie scheint schlichtweg weniger spektakulär als beispielsweise bundespolitische oder internationale Entscheidungen. Wenn man allerdings einen genaueren Blick auf die Funktionsweise und vor allem den Output der Kommunen wirft, zeigt sich, dass sie ganz im Gegensatz zu der öffentlichen Wahrnehmung eine immense Bedeutung für die Gestaltung der Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger hat. Es sind die Kommunen, die die Infrastruktur für das Arbeits- und Sozialleben organisieren und bereitstellen. Vom Stromanschluss über sichere Verkehrswege bis hin zur Abwasser- und Müllentsorgung fallen viele wichtige Aufgaben in die sogenannte kommunale Daseinsvorsorge. Kommunen gestalten die wesentlichen Bildungsangebote, sie betreiben Museen und schaffen öffentliche Räume und

Plätze. Außerdem sind Bund und Länder bei vielen Gesetzen, die sie erlassen, darauf angewiesen, dass die Kommunen diese umsetzen – in der Kinderbetreuung, der Pflege, der Integration und vielen anderen Bereichen.

Diese von Bund und Land übertragenen Pflichtaufgaben reißen in viele kommunale Kassen ein tiefes Loch. Denn die Kommunen müssen gleichzeitig ihrer Aufgabe der Daseinsvorsorge nachkommen und sollen außerdem für gleichwertige Lebensverhältnisse sorgen – ganz zu schweigen von der Erfüllung freiwilliger Aufgaben, die das eigentliche Herzstück der Kommunalpolitik sind und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger maßgeblich bestimmen. All dies setzt eine angemessene Finanzausstattung voraus. Die kommunale Handlungsfähigkeit steht und fällt mit den finanziellen Rahmenbedingungen, die ihnen vor allem von der Landesebene vorgegeben werden. Während die CDU-geführten Landesregierungen der letzten zwei Jahrzehnte diese finanziellen Rahmenbedingungen für eine gesunde Entwicklung der hessischen

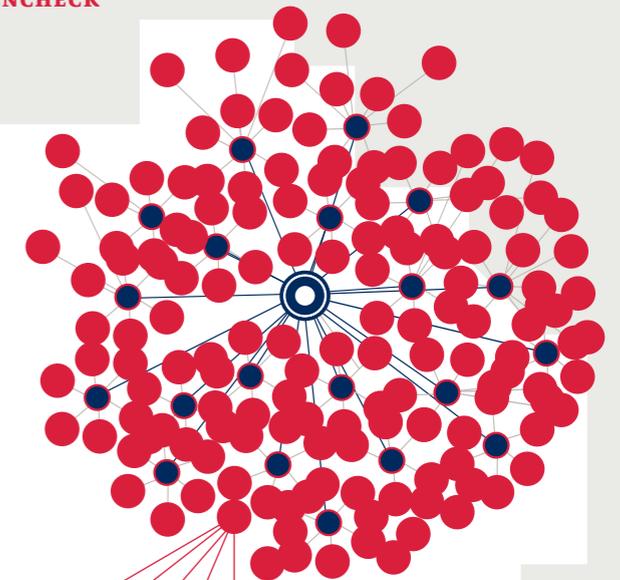
Kommunen zerstört haben, musste eine wachsende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern dabei zusehen, wie Theater, Museen, Sportplätze, Musikschulen, Bibliotheken, Schwimmbäder und Freizeitangebote vor Ort schwinden. Viel zu oft findet nur noch Mangelverwaltung statt, Innovation und Entwicklung sind häufig gar nicht mehr möglich.

Innovation und Entwicklung sind häufig gar nicht mehr möglich.

bote vor Ort schwinden. Viel zu oft findet nur noch Mangelverwaltung statt, Innovation und Entwicklung sind häufig gar nicht mehr möglich und auf Druck aus Wiesbaden musste vielerorts die Grundsteuer erhöht werden. Die Kommunen befinden sich in einer Zwangslage – zwischen den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger und dem Druck seitens der Landesregierung, der Erfüllung der übertragenen Aufgaben nachzukommen. Aber nur wenn das Land, wie seit Jahren von der SPD-Fraktion gefordert, seiner eigenen Verpflichtung nachkommt, die Kommunen wieder stärkt und ihre finanziellen Handlungsspielräume wieder ausbaut, können diese ihren Aufgaben auch wieder adäquat nachkommen.

Politische Ebenen

-  Bund
-  Länder
-  Kommunen



„Kommune“
kommt aus dem Lateinischen
und bedeutet:
Gemeinschaft

422
Kommunen

21
Landkreise

in Hessen
bestimmen maßgeblich
die Lebensqualität der
Bürgerinnen und Bürger.

AUFGABEN DER KOMMUNEN



Bereitstellen von Infrastrukturen, z. B.:
- Stromanschluss
- sichere Verkehrswege
- Abwasser- und Müllentsorgung
- öffentliche Räume und Plätze
- ...



Bereitstellen von Bildungsangeboten, z. B.:
- Musikschulen
- Bibliotheken
- Theater
- Museen
- ...



Betreiben von z. B.:
- Sportplätzen
- Schwimmbädern
- ...



Umsetzung der von Bund und Ländern erlassenen Gesetze, z. B.:
- Kinderbetreuung
- Pflege
- Integration
- ...



Freiwillige Aufgaben, z. B.:
- Kulturangebote
- Jugendhäuser
- Wirtschafts- und Tourismusförderung
- ...



Herzstück der Demokratie

Unser Hessen

Unsere Kommunen sind Wohnort, Arbeitsplatz, Lebensmittelpunkt und Heimat zugleich. Dass sie für alle Menschen lebens- und lebenswert bleiben oder auch wieder werden, ist das Ziel sozialdemokratischer Politik in Hessen.

SPD-LANDESVERBAND

Die Menschen müssen wieder sicher sein können, dass sie sich auf den Staat und ihre Kommune verlassen können. Sie müssen sicher sein können, dass sie Familie und Beruf miteinander vereinbaren können und immer einen guten Betreuungsplatz für ihr Kind finden. Sie müssen sicher sein können, dass sie vor Mietwucher geschützt sind und überhaupt die passende Wohnung finden. Sie müssen sicher sein können, dass Bus und Bahn für sie erreichbar und vor allem bezahlbar bleiben. Sie müssen sicher sein können, dass sie ärztliche Hilfe bekommen können, wenn sie sie brauchen. Und sie müssen zudem sicher sein können, dass sie auch im Alter in ihrem vertrauten Umfeld leben können.



Für den besten Start

Damit sich die Menschen auf ihr Bundesland und ihre Kommune verlassen können, braucht es eine gute und verlässliche Kinderbetreuung. Gerade in Zeiten der COVID-19-Pandemie mussten viele Familien schmerzlich erfahren, wie schwierig oder gar unmöglich es

Frühkindliche Bildung legt den Grundstein für den weiteren Bildungserfolg.

ist, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, wenn die Kita um die Ecke geschlossen ist. Und dabei leisten Kita und Erzieherinnen und Erzieher noch viel mehr als eine gute Betreuung: Frühkindliche Bildung legt den Grundstein für den

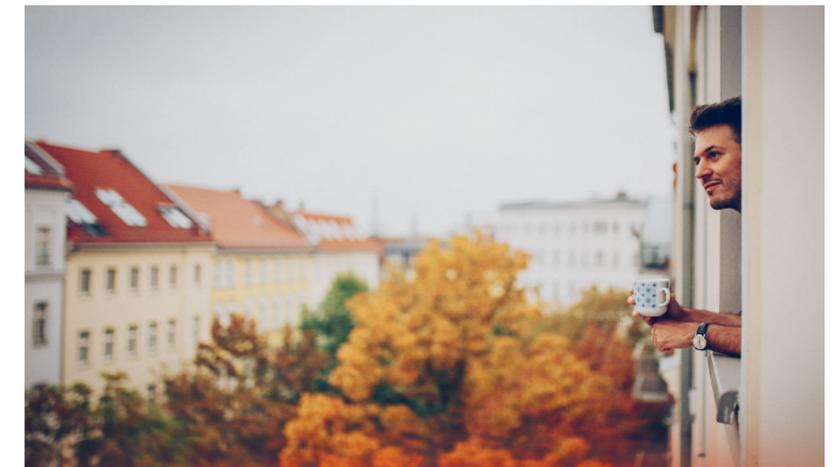
weiteren Bildungserfolg unserer Kinder. Um Aufstieg durch Bildung zu gewährleisten und Familien zu entlasten, müssen wir eine echte Beitragsfreiheit herstellen – ganztags und für alle Altersgruppen. Das kann klappen, wenn das Land insgesamt zwei Drittel der Gesamtkosten für den Betrieb von Kindertagesstätten und Tagespflege übernimmt und die Kommunen mit der Last nicht länger alleinlässt. Und auch nach dem Kindergarten muss es für alle sicher weitergehen. Deshalb setzen wir uns für den Erhalt von kleineren Schulstandorten und regionale Bildungspläne ein, denn der Weg zur Schule darf kein unüberwindbares Hindernis sein.

Gesund leben

Nicht erst die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, wie wichtig eine gute medizinische Versorgung vor Ort ist. Dafür braucht das Gesundheitswesen in Hessen eine gute Steuerung. Wir wollen, dass alle

Zugang zu einer optimalen medizinischen Versorgung.

Menschen unabhängig von Einkommen, Wohnort oder Alter Zugang zu einer optimalen medizinischen Versorgung bekommen. Dazu brauchen wir ein auf die jeweilige Region abgestimmtes Konzept für die Gesundheitsversorgung, eine Überarbeitung der Bedarfsbemessung, mehr Einfluss der Kommunen, Nahversorgungszentren und E-Health. Damit die Menschen im Alter ihre Kommune nicht verlassen müssen, braucht es eine Stärkung der Pflege. Damit sich die Personalsituation in der Kranken- und Altenpflege nicht weiter zuspitzt, ist es wichtig, dass die Einrichtungen in kommunaler Hand bleiben und mindestens der Tarifvertrag eingehalten wird – gute Arbeit muss auch gut bezahlt werden.



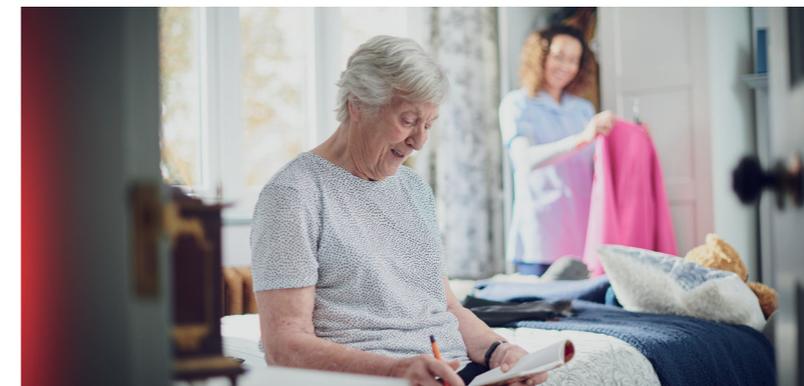
Alles, was man braucht, muss auch bezahlbar bleiben

„Gut & Günstig“ mag der Slogan einer großen Supermarktkette sein, aber er muss auch und erst recht auf das Wohnen und das Fahren mit Bus und Bahn zutreffen. Vor allem rasant steigende Mieten in unseren Städten sind eine große Last für die Hessinnen und Hessen. Mit einem Mietendeckel, der

Die Fahrt mit Bus und Bahn muss für alle bezahlbar bleiben.

sämtliche Mietsteigerungen für fünf Jahre auf die Höhe der jährlichen Inflation begrenzt, könnten

wir ihnen wieder Luft zum Atmen geben und die Angst nehmen, dass sie sich das Wohnen bald nicht mehr leisten können. Ebenso muss die Fahrt mit Bus und Bahn für alle bezahlbar bleiben. Solange der Bus auf dem Land nur einmal am Tag fährt, die Straßenbahn in der Stadt aus allen Nähten platzt und die 20-minütige Fahrt über mehrere Tarifgebiete geht, ist der ÖPNV keine echte Alternative zum Auto. Mit den richtigen Ideen und neuen Konzepten können wir das ändern. ●



Das Gute-KiTa-Gesetz kommt an:

Damit es jedes Kind packt

GASTBEITRAG – FRANZISKA GIFFEY



Ich habe meine Wurzeln in der Kommunalpolitik. Bis heute frage ich bei jedem politischen Vorhaben: Was bedeutet das für die Menschen vor Ort? Politik muss bei ihnen ankommen – und sie muss von ihren Problemen ausgehen. Ein gutes Beispiel dafür ist das Gute-KiTa-Gesetz.

In Wiesbaden habe ich am 20. November 2019 den letzten der 16 Verträge mit den Bundesländern zum Gute-KiTa-Gesetz unterschrieben. Damit haben wir die Voraussetzung geschaffen, dass 5,5 Milliarden Euro zur Unterstützung der frühkindlichen Bildung an die Länder ausgezahlt werden können. Das Land Hessen erhält daraus in den Jahren 2019 bis 2022 rund 413 Millionen Euro an Bundesmitteln für die Kindertagesbetreuung.

Gute Kinderbetreuung bedeutet, sich Zeit für jedes einzelne Kind zu nehmen. In Hessen hat sich die Anzahl der Kinder in der Kindertagesbetreuung in den letzten 10 Jahren um fast 50 Prozent erhöht. Die Zahl der betreuten Kleinkinder unter 3 Jahren hat sich nahezu verdoppelt. Darum ist es gut, dass das Land mit den Bundesmitteln die Fachkräfte stärkt: für mehr Personal und mehr Zeit für die Kita-Leitung.

Wir wollen, dass es jedes Kind packt. Egal, ob es in Kassel aufwächst oder an der Bergstraße, in Fulda oder Frankfurt.

Mit dem Gute-KiTa-Gesetz beteiligt sich der Bund erstmals finanziell an der qualitativen Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung. Das sind gute Nachrichten vor allem für die Kommunen. Denn sie sind als Träger der örtlichen Jugendhilfe für die Kinderbetreuung zuständig. Die Verfügbarkeit und die Qualität der Betreuungsangebote sind außerdem ein Standortfaktor für Familien, die Beruf und Familie miteinander vereinbaren wollen. Damit beides gelingt, für Männer und Frauen, braucht es eine gute Infrastruktur und ausreichend Personal.

Und dafür braucht es die SPD. Das Gute-KiTa-Gesetz, aber auch unsere Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher, Investitionsprogramme zum Kita-Ausbau oder die Einführung des Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter sind sozialdemokratische Kernanliegen. Wir wollen, dass es jedes Kind packt. Egal, ob es in Kassel aufwächst oder an der Bergstraße, in Fulda oder Frankfurt. Dafür arbeiten wir. Und das kommt an. ●

FRANZISKA GIFFEY
ist Bundesministerin für
Familie, Senioren, Frauen
und Jugend.



Betreuungsgarantie aus kommunaler Sicht

GASTBEITRAG – CHRISTEL SPRÖSSLER

Als ich 2003 mein Amt antrat, war es bei uns eher unüblich, sein Kind vor dem 3. Lebensjahr in eine Krippe zu bringen. Doch die gesellschaftliche Entwicklung hat dazu geführt, dass die Betreuungsquote für die unter 3-Jährigen mittlerweile bei 50% liegt, Tendenz steigend. Über 95% aller 3-6-Jährigen besuchen eine Kindertagesstätte. So weit, so gut.

Der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr in 2013 hat diese Entwicklung beschleunigt und

Wir brauchen noch mehr qualifiziertes Personal und größere Unterstützung von Bund und Ländern.

stellte uns alle vor große Herausforderungen. Wir befanden uns mitten in den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Viele Städte und Gemeinden waren finanziell überfordert und haben die Umsetzung geschoben. Dann musste alles ganz schnell gehen, erste Eltern haben mit Klage gedroht.

Nach dieser Erfahrung wäre es besser, Rechtsansprüche schrittweise auszubauen und den Kommunen Übergangszeiträume einzuräumen. Denn die weiterhin steigende Nachfrage und der mas-

sive Mangel an Erzieherinnen und Erziehern sorgen mancherorts für große Probleme. Wie soll da ein Ausbau des Betreuungsanspruchs zusätzlich gelingen? Antwort: gar nicht, es sei denn, wir schaffen es, die Voraussetzungen zu verbessern.

Konkret heißt das: Wir brauchen noch mehr qualifiziertes Personal, dieses Problem kann nur mittelfristig gelöst werden. Hierfür müssen Arbeitsbedingungen verbessert werden. Das betrifft die Ausbildung, die Bezahlung, das Image der pädagogischen Arbeit. Fortbildung und Supervision müssen fest etabliert werden.

Auch die finanziellen Herausforderungen für Städte und Kommunen sind erheblich: Die Kinderbetreuung ist jetzt schon der größte Einzelposten im Haushalt. In den letzten 10 Jahren hat sich der kommunale Zuschuss fast verdoppelt. Die Kinderbetreuung stellt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar, die uns alle und jede Ebene gleichermaßen angeht. Eine größere Unterstützung durch das Land wäre also nicht nur wünschenswert, sondern muss konsequent weiter eingefordert werden. Ebenso sollte der Bund die Möglichkeit erhalten, Subventionen direkt an die kommunale Ebene durchgeben zu können.

So schaffen es viele Kommunen gerade so, die gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen. Wünschens-

wert wäre es allerdings, noch viel mehr in die Qualität der Kinderbetreuung zu investieren. Das heißt konkret: mehr Personal und kleinere Gruppen, ein Recht auf Inklusion, eine bunte Trägervielfalt.

Wir wissen, dass es weitere Rechtsansprüche in Zukunft geben wird (z. B. das Recht auf einen Ganztagesplatz oder erweiterte Öffnungszeiten). Um die Kommunen dabei nicht zu überfordern, ist es vor allem wichtig, dass diese vorher einem Praxistest unterzogen werden und die Entscheidungen gemeinsam mit den Verantwortlichen vor Ort getroffen werden. ●



CHRISTEL SPRÖSSLER ist Bürgermeisterin der Gemeinde Roßdorf.

Foto: Christel Sprössler

Schulchaos in Zeiten der Pandemie

Präsenzunterricht mit Lüften, Schülerinnen und Schüler mit Winterjacke und Maske? Ein Wechsel von Präsenz- und Fernunterricht? Oder lieber gar kein Unterricht im Klassenzimmer?

SPD-LANDTAGSFRAKTION – CHRISTOPH DEGEN

Nach fast 365 Tagen Corona hat der hessische Kultusminister Alexander Lorz noch immer keinen Plan, kein Konzept und erst recht kein voll funktionstüchtiges Schulportal.

Aber er hat eine Taktik. Diese Taktik besteht darin, anstatt zu führen, die Verantwortung auf Schulen, Lehrerinnen und Lehrer sowie Eltern abzuwälzen. Sein permanenter Positionswechsel ist beliebig und ohne eigene Haltung. Was die Landesregierung in der Corona-Pandemie bildungspolitisch eigentlich will und was ihre Position in den Gesprächen mit den anderen Regierungschefs ist, bleibt unklar. Sie ordnet sich bedingungslos dem Kurs der Kanzlerin unter und hat damit zuletzt sogar den eigenen, nun endlich aufgestellten Stufenplan, der Verlässlichkeit geben sollte, unter welchen Bedingungen mit welchen Maßnahmen zu rechnen ist, über den Haufen geworfen.

Das ist vor allem an der wochenlangen Aussetzung der Präsenzpflcht erkennbar, die im hessischen Stufenplan eigentlich gar nicht vorgesehen war und die viele Schulen Anfang Januar ratlos

zurückgelassen hat. Mit der Aussage „Die Schulen sind offen, aber schickt eure Kinder bitte nicht“ disqualifiziert sich die Landesregierung selbst und schafft die Schulpflicht faktisch ab. Gerade diese Aufhebung der Schulpflicht, zu der Hessen immer wieder greift, ist jedoch katastrophal für die Bildungsgerechtigkeit, denn Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen

und Präsenzunterricht mit gleichzeitiger Betreuungsgarantie für Härtefälle einzuführen – es bietet Verlässlichkeit und stellt sicher, dass kein Kind zurückgelassen wird und/oder vereinsamt.

In der Krise werden viele Entscheidungen getroffen, die mit Sicherheit nicht immer richtig sind. Diese Entscheidungen aber erst gar nicht zu treffen und immer,



Foto: iStock, vgajic

Familien drohen zusehends abgehängt zu werden. Deutlich sinnvoller wäre es gewesen, direkt das von der SPD-Fraktion vorgeschlagene Wechselmodell aus Distanz-

wenn es unangenehm wird, die Verantwortung den Schulen oder den Eltern zuzuschieben, ist mit Sicherheit falsch. ●

Power im Doppelpack

Nancy Faeser ist Hessens Chef-Sozialdemokratin: Sie führt den Landesverband und die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag. Außerdem ist sie Kommunalpolitikerin aus Leidenschaft. Das ist ihr Ehemann Eyke Grüning auch. Über das Politpaar berichtet Benjamin Landt.

SPD-LANDESVERBAND – BENJAMIN LANDT



Heimat – ist das, von wo man nie weggeht. Oder das, wohin man gerne zurückkehrt. So wie Nancy Faeser und Eyke Grüning: Die Chefin der hessischen SPD hat ein halbes Jahr ihres juristischen Referendariats in San Francisco absolviert, ihr Ehemann – auch er Jurist – hat zwei Jahre in London gelebt und gearbeitet. Aber beim Stichwort „Heimat“ sagen beide spontan: „Schwalbach. Eindeutig.“

Gemeint ist Schwalbach am Taunus, eine 15.000-Einwohner-Stadt vor den Toren Frankfurts. Nancy Faeser ist hier aufgewachsen, zur Schule gegangen – und nach dem Jurastudium zurückgekehrt in die Heimatstadt, in der ihr Vater Horst Faeser lange Jahre Bürgermeister war.

Schwalbach nicht nur gut zu finden, es vielleicht sogar zu lieben, sondern der Stadt mit ehrenamtlichem Engagement auch etwas zurückzugeben, sie

noch besser zu machen – das wollen Nancy Faeser und Eyke Grüning, die bei der Kommunalwahl auf den beiden vordersten Plätzen der Schwalbacher SPD-Liste kandidieren: er auf Platz 1, sie auf Platz 2.

Und das gibt es in ganz Hessen kein zweites Mal: ein Ehepaar, das sich auch politisch so ergänzt, dass beide gemeinsam in die Wahl vor Ort ziehen.

Eigentlich müsste man annehmen, dass Nancy Faeser und Eyke Grüning nicht viel Zeit für die Kommunalpolitik bleibt: Die Landespolitik, die Nancy Faeser als Oppositionsführerin im Landtag und als Vorsitzende der hessischen SPD prägt, lässt üblicherweise keine Lücken im Terminkalender frei. Und jemand wie Eyke Grüning, der Partner in einer Kanzlei für Wirtschaftsrecht ist, berichtet auch nur selten von einem Übermaß an freier Zeit, die sich mit ehrenamtlicher Kommunalpolitik füllen ließe. Außerdem soll der fünfjährige Sohn Tim nicht unter dem beruflichen und politischen Engagement seiner Eltern leiden.

„Es ist machbar, aber man muss sich eben fokussieren und die Dinge gut organisieren. Das muss man tatsächlich erst einmal lernen, aber heute funktioniert unser Zeitmanagement prima“, sagt Eyke Grüning, der schon seit 1993 Stadtverordneter in Schwalbach ist und seit 2016 als Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung amtiert. Ebenfalls 1993 betrat Nancy Faeser die kommunalpolitische Bühne als damals frisch gewähltes Mitglied des Kreistags im Main-Taunus-Kreis. Seit 2006 hat sie auch ein Mandat im Schwalbacher Stadtparlament.

Alles, was in der Landespolitik entschieden wird, kommt am Ende bei den Kommunen an.

Die kommunalpolitische Arbeit helfe ihr dabei, einen klaren Kurs in der Landespolitik zu halten, findet die hessische SPD-Chefin: „Alles, was in der Landespolitik entschieden wird, kommt am Ende bei den Kommunen an. Deswegen ist es für mich so wichtig, immer auch den kommunalen Blickwinkel zu haben. Mein Stadtparlament und mein Kreistag erden mich. Denn in der Kommunalpolitik sehe ich immer, was unsere Beschlüsse auf Landesebene vor Ort bewirken – also da, wo die Menschen die praktischen Ergebnisse von Politik unmittelbar erleben. 2016 wurde die SPD in Schwalbach mit 40,9 Prozent der Wählerstimmen deutlich zur stärksten Partei und hält seither 15 von 37 Mandaten in der Stadtverordnetenversammlung.“



Die SPD ist in Schwalbach die stärkste Kraft in der Kommunalpolitik. Das hat viel mit engagierter Teamarbeit zu tun. Und mit dem starken Duo an der Spitze.

Die Schwalbacher SPD ist populär: „Wir waren überwältigt davon, wie viele Menschen auf der SPD-Liste zur Kommunalwahl antreten wollten. Dieser große Zuspruch macht schon ein bisschen stolz“, lächelt Nancy Faeser. Am Ende wurde

eine Wahlliste mit 63 Kandidaten beschlossen. Und Eyke Grüning stellt fest: „Größe und Qualität unserer Liste zeigen, dass die Schwalbacher SPD in der Stadtgesellschaft auch jenseits der Parteigrenzen fest verankert ist – immerhin sind 14 von den 63 Kandidatinnen und Kandidaten auf unserer Kommunalwahlliste parteilos. Wir betrachten uns als erweiterte Familie, in der man solidarisch miteinander umgeht und Meinungsverschiedenheiten – wenn es sie denn gibt – fair und intern löst.“

Damit wollen Nancy Faeser und Eyke Grüning die Erfolgsgeschichte der SPD in Schwalbach fortsetzen. Die Chancen dafür stehen gut. ●

Ein Jahr danach: Aufklären, was wirklich passiert ist

SPD-LANDTAGSFRAKTION – INTERVIEW MIT NANCY FAESER

Der Anschlag vom 19. Februar 2020

Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar, Kaloyan Velkov.

Neun Menschen starben am 19. Februar 2020, als ein Rechtsterrorist in der Hanauer Innenstadt und im Stadtteil Kesselstadt gezielt auf Opfer schoss, die nach seiner Auffassung „ausländisch“ aussahen. Der Mörder tötete anschließend seine Mutter und sich selbst.

Auch ein Jahr nach dem Anschlag ist Hanau eine Stadt voller Trauer, Fassungslosigkeit und Wut über die Tat, die nach Überzeugung der Ermittlungsbehörden motiviert war von einem geschlossenen völkisch-nationalistischen Weltbild des Attentäters und dessen rassistischem Hass. Der Mann war bereits früher wegen rechtsradikaler Äußerungen aufgefallen, aber auch wegen psychischer Probleme und gewalttätigen Verhaltens, z. B. gegenüber Polizeibeamten.

Die Familien der Getöteten, die nach wie vor von der Tat traumatisiert sind, kritisieren die mangelhafte Aufklärung der Begleitumstände durch die hessischen Sicherheitsbehörden. Zu Beginn des Jahres wurde bekannt, dass der Polizei-Notruf in Hanau in der Tatnacht personell unterbesetzt und technisch überlastet war, so dass keine Notrufe angenommen werden konnten.

Seit dem Terroranschlag vom 19. Februar 2020 waren Sie oft in Hanau, um dort mit Hinterbliebenen und Freunden der Opfer zu sprechen. Wie ist ein Jahr danach die Stimmung dort, welchen Blick haben die Menschen in Hanau auf das Attentat?

Es ist unübersehbar, dass der rassistische, rechtsextremistisch motivierte Anschlag die Stimmung in der Stadt verändert hat. Da ist bis heute viel Trauer zu spüren, stellenweise aber auch Wut. Die Stadt Hanau stand in den Tagen nach dem Attentat unter Schock. Da das Richtige zu tun, die richtigen Worte zu finden, ist keine leichte Aufgabe. Ich bin dem Hanauer Oberbürgermeister Claus Kaminsky dankbar, dass es ihm trotzdem gelungen ist. Was die heutige Sicht auf das Attentat betrifft, denke ich, dass die Traumata bei den Hinterbliebenen noch anhalten. An den Folgen werden die Familien lange zu tragen haben. Und darum müssen wir uns kümmern, da müssen wir helfen.

Wie kann diese Hilfe aussehen?

Es gibt psychologische und finanzielle Hilfe, das ist nach meinem Eindruck gut organisiert. Aber das Leid, das der Anschlag angerichtet hat, lässt sich mit Geld nicht ausgleichen. Hinzu kommt die Aufgabe, den Familien deutlich zu machen, dass der Staat und die Zivilgesellschaft willens sind, das zu bekämpfen, was der Tat zugrunde lag: eine rechtsradikale Gesinnung, Rassismus, Hass. Wir fordern schon lange eine Bürgerstiftung für Demokratie, die Opfer von rechter Gewalt unterstützen, aber eben auch das Entstehen von rechtem Gedankengut bekämpfen soll. Dazu brauchen wir Aufklärung, Bildung und eine Erziehung zu Demokratie und Gewaltfreiheit. Der rechte Terroranschlag von Hanau hat auf erschütternde Weise gezeigt, wie wichtig es ist, sich dieser Aufgabe anzunehmen. Und: Es muss aufgeklärt werden, was wirklich passiert ist – rücksichtslos und schonungslos. Dazu gehört übrigens auch, den Weg des Attentäters in den rechtsextremen Terror zu untersuchen und dann zu beurteilen, ob man ihn vor der

Tat hätte stoppen können. Diese Aufklärung ist Teil des Verarbeitungs- und Heilungsprozesses. Klarheit gehört zur Trauerarbeit dazu.

Zuletzt gab es Kritik an den Sicherheitsbehörden und an deren Herangehensweise bei den Ermittlungen. Teilen Sie diese Kritik?

Vor allem der hessische Innenminister gibt viel Anlass zu berechtigter Kritik. Er zeigt keinerlei Einsehen in seine politische Verantwortung und er zeigt keinerlei Empathie. Das beginnt damit, dass er sich bis heute nicht darum bemüht hat, einen stabilen Kontakt zu den Familien der Opfer herzustellen. Er hat den Eindruck erweckt, dass ihm das nicht wichtig sei – ein unverzeihlicher Fehler. Dazu kommt, dass in der Nacht des 19. Februar 2020 die Organisation der Sicherheitsbehörden versagt hat: Der Polizei-Notruf in Hanau ist in der entscheidenden Zeit nicht erreichbar gewesen, weil er unterbesetzt und überlastet war. Erst als mehrere Medien darüber berichtet haben, hat der Innenminister das eingeräumt. Weil der Notruf nicht funktioniert hat, konnte eines der späteren Todesopfer, Vili Viorel Păun, die Polizei nicht erreichen – auch das war katastrophal. Für die Familien ist es unerträglich, wenn die Frage zurückbleibt: Könnte mein Sohn, mein Enkel, mein Neffe noch leben, wenn die Umstände anders gewesen wären? ●

NANCY FAESER ist Vorsitzende der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag.



Zwischen Mangel und Bedarf

Der demografische Wandel und der Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum einerseits und die wachsenden Städte andererseits sorgen für große Herausforderungen auf dem hessischen Wohnungsmarkt.

SPD-LANDTAGSFRAKTION – ELKE BARTH

Damit die Menschen frei wählen können, wo sie in Hessen leben möchten, braucht es mehr Wohnraum. Dazu müsste gegen Bodenspekulation, spekulative Leerstände sowie die Umwandlung in teure Eigentumswohnungen vorgegangen werden. Mit

Einkommen geschaffen werden.

Dabei sind die Wörter „müsste“ und „könnte“ das eigentliche Problem. Denn Schwarzgrün sperrt sich, die wachsende Wohnraumnot zu bekämpfen. Die Landesregierung versagt nicht nur bei der Förderung von preiswerten Neubauten, sie lässt auch die Bestandsmieterinnen und -mieter auf dem überhitz-

die Mieten erhöht. Einem Sicher-Wohnen-Fonds für die Übernahme Corona-bedingter Mietschulden versperrt sie sich. Und erst recht ist sie gegen einen Mietendeckel, der Mietern eine Atempause verschaffen könnte. Die Begründung: Dies sei rechtlich unzulässig. Ein Rechtsgutachten, das die SPD-Landtagsfraktion in Auftrag gegeben hat, zeigt aber, dass ein Mietendeckel sehr wohl möglich ist – es kommt auf den politischen Willen an.

Wir müssen den Menschen die Angst nehmen, dass sie sich das Wohnen bald nicht mehr leisten können, und zugleich dafür sorgen, dass die kleineren Städte und Dörfer nicht abgehängt werden.

Zum Glück hat sich die SPD-Fraktion in einem durchgesetzt: Im Dezember hat Schwarzgrün unserem Gesetzentwurf zur Änderung des Wohnraumförderungsgesetzes zugestimmt, Sozialbindungen von Wohnungen bleiben so länger erhalten – zumindest ein kleiner Lichtblick in der hessischen Wohnungspolitik. ●



einem sogenannten Wohnraum-schutzgesetz könnten Kommunen das tun. Außerdem müssten deutlich mehr Wohnungen für normale

ten Markt allein. Mitten in der Corona-Krise lässt sie sogar zu, dass die landeseigene Wohnungsgesellschaft Nassauische Heimstätte

Foto: iStock, oggurcankaya

Mietenstopp

GASTBEITRAG – MIKE JOSEF

Bezahlbare Mieten und eine sichere Wohnraumversorgung sind die sozialen Fragen unserer Großstädte und Ballungsräume. Stark steigende Mieten sind zu einer nicht mehr tragbaren Belastung für viele Haushalte geworden. In Frankfurt am Main und vielen anderen Städten und Gemeinden in Hessen.

Als Frankfurter SPD haben wir mit Eintritt in die Koalition im Jahr 2016 einen Mietenstopp bei unserer städtischen Wohnungsgesellschaft ABG durchgesetzt.

Bezahlbare und sichere Wohnungen für alle Einkommen

Skandal! Ruin für die ABG! Nicht rechtmäßig! Was haben uns andere Parteien und Kritiker nicht alles vorgeworfen. Jetzt dürfen dort die Mieten nur noch um 1%/Jahr oder maximal 5% in 5 Jahren erhöht werden. Im letzten Jahr haben wir diese Regelung um weitere 5 Jahre verlängert. 10 Jahre Mietenstopp bei der ABG. Ergebnis: Der ABG geht es wirtschaftlich weiterhin blendend, sie eilt von einem

Rekordergebnis zum nächsten.

Selbstverständliches Ziel sozialdemokratischer Politik war, ist und bleibt es, dass bezahlbare und sichere Wohnungen für alle Einkommen fester Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge sind.

Wir ruhen uns auf diesen Erfolgen nicht aus. Unsere weitere Strategie geht in Richtung Sicherung der bezahlbaren Wohnungen und des Baus neuer Wohnungen für alle Einkommensgruppen mit festen Anteilen geförderter Wohnungen und Wohnungen für Genossenschaften und gemeinschaftliches Wohnen. Es geht darum, dass die Menschen die Sicherheit haben, in ihren Wohnungen bleiben zu können – aufgrund des Mietenstopps, aber auch durch Milieuschutz sowie verbesserten Mieterschutz und Mieterberatung.

Wir brauchen aber auch mehr Neubau von bezahlbaren Wohnungen. Für alle Menschen, die neu hinzuziehen, als junge Erwachsene von zu Hause ausziehen oder aus anderen Gründen eine neue Wohnung suchen. Wir brauchen aber auch Neubau im privatwirtschaftlichen Segment, um den Druck

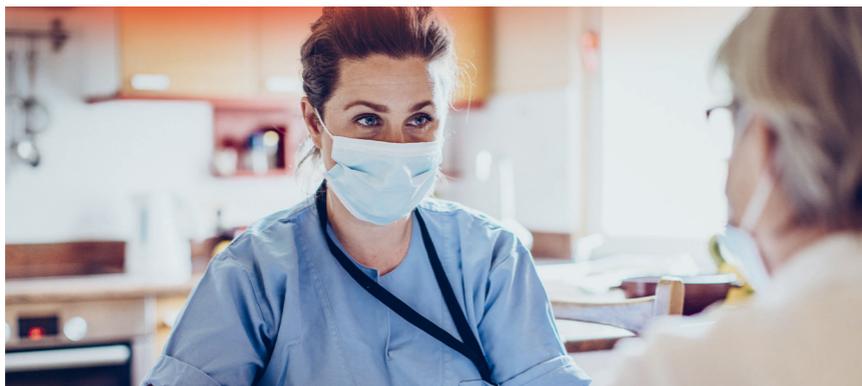
aus den Bestandsquartieren zu nehmen. Wichtig ist hier: Da gibt es keinen Automatismus, wir müssen weiterhin preisgünstigen und geförderten Wohnraum als städtische und auch staatliche Aufgabe begreifen.

Rückblickend kannte die Preisentwicklung im vergangenen Jahrzehnt in den Großstädten nur eine Richtung: nach oben. Wir haben in Frankfurt mit dem Mietenstopp gezeigt: Umsteuern ist möglich und machbar. Auf den politischen Willen kommt es an. ●



MIKE JOSEF
ist Dezernent für Planung und Wohnen der Stadt Frankfurt am Main.

Foto: Hauptamt und Stadtmarketing Stadt Frankfurt am Main



Medizinische Versorgung im Blick

GASTBEITRAG – ANDREAS SIEBERT

Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie ist eine verlässliche Gesundheitsversorgung in jedem Dorf und jeder Stadt wichtiger denn je. Die ärztliche Versorgung muss gerade in einem Flächenlandkreis wie Kassel mit unterschiedlichen Problemlagen für alle Menschen gewährleistet sein. Hausarztversorgung, Kliniken, Facharztangebote und Apotheken müssen für die gesamte Bevölkerung in angemessener Entfernung erreichbar sein. Das erfordert viel und vor allem eine vorausschauende Arbeit für ein gutes Leben in unserer Heimat.

Natürlich kann der Landkreis Kassel die allgemein bekannten Probleme und die Intransparenz unseres Gesundheitssystems nicht allein ändern. Wir dürfen jedoch nicht kapitulieren, sondern müssen immer wieder – auch unkonventionelle – Maßnahmen ergreifen. Dazu gehört für uns eine ganze Reihe: Der Landkreis stemmt sich beispielsweise mit eigenen Stipendien-Programmen gegen den Ärztemangel und unterstützt medizinische Versorgungszentren.



ANDREAS SIEBERT
ist Vize-Landrat und Kandidat für das Amt des Landrats Kassel-Land.

Auch konnten wir den Rückkauf der Kreiskliniken in Wolfhagen und Hofgeismar umsetzen. Das ist von besonderer Bedeutung, weil unsere Kreiskliniken ein wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum und ein zentraler Bestandteil der ärztlichen Versorgung der Menschen im Landkreis sind. Ich werde mich auch zukünftig gegen das Ausbluten der Krankenhauslandschaft in der Fläche stellen. Wir müssen gerade jetzt alles unternehmen, damit wichtige Angebote nicht eingeschränkt werden oder auf der Strecke bleiben. Besonders in schwierigen Zeiten muss weiter investiert und die soziale Infrastruktur gestützt werden.

Die Corona-Pandemie hat aber auch gute Dinge hervorgebracht. Dazu gehört für mich die gelebte Solidarität in unserem Kreis. Als wir auf Anweisung des Landes von null auf hundert ein Impfzentrum aus dem Boden stampfen mussten, hat uns die große Hilfsbereitschaft der beteiligten Firmen und der Freiwilligen nachhaltig beeindruckt. Der Landkreis, unsere 28 Städte und Gemeinden, unsere sozialen Partner wie der Landeswohlfahrtsverband, das Diakonische Werk, der Arbeiter-Samariter-Bund, der Caritasverband, das Deutsche Rote Kreuz, die Arbeiterwohlfahrt und viele andere bilden eine starke Gemeinschaft. Ich bin mir sicher, dass wir gemeinsam die Auswirkungen der Pandemie bewältigen können. ●

Foto: Thorsten Eschstruth und iStock, sanjeri

Knappes Gut

Das Corona-Virus hat unser Leben seit einem Jahr fest im Griff. Der Impfbeginn bietet Anlass für einen kleinen Hoffnungsschimmer.

SPD-LANDTAGSFRAKTION – DR. DANIELA SOMMER

Die wenigsten werden erwartet haben, dass wir damit in kurzer Zeit zu einer Art alter Normalität zurückkehren können. Die meisten werden jedoch erwartet haben, dass in Hessen schnellstmöglich mit den Impfungen begonnen und die Personen der ersten Priorisierungsgruppe möglichst zügig durchgeimpft werden.

Dieser Irrtum wurde bereits Anfang Januar aufgeklärt, als klar wurde, dass es in Hessen einen eher stotternden Impfstart geben würde. Viele Fragen, darunter, wie die konkrete Terminvergabe ablaufen, wer sich zunächst anmelden und wo die jeweiligen Impfungen stattfinden würden, blieben lange ungeklärt. Während andere Bundesländer von Beginn an eine dezentrale Öffnung ihrer Impfzentren verfolgt haben, wurden in Hessen zunächst nur sechs Zentren in Ballungsgebieten und Großstädten geöffnet. Dass dieses Vorgehen gerade für die Menschen im ländlichen Raum eine Zumutung war, blieb unberücksichtigt. Weder unter organisatorischen noch unter epidemiologischen Aspekten konnte Sozialminister Kai Klose (Grüne) für diese ungleiche Behandlung von

Stadt und Land eine überzeugende Begründung anbieten. Durch den von der Landesregierung festgelegten Verteilungsmodus wurde die Impfung für ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen, die auf dem Land leben, über Wochen erschwert. Und dass, obwohl alle 28 Impfzentren zu diesem Zeitpunkt längst einsatzbereit waren.

Während das Warten auf eine faire dezentrale Verteilung des knappen Guts vergeblich war, galt es nun, an einen der heiß begehrten Termine zu kommen. Über Website und Hotline sollte eine leichte Terminvereinbarung mög-

100 Kilometer lange Fahrt bis zum Impfzentrum

lich gemacht werden. Doch auch hier sah die Realität deutlich anders aus. Nach wenigen Minuten war die Website nicht mehr zu erreichen und Anrufe, die bei der Hotline aufliefen, klingelten ins Leere. Als die Website wieder ihren Dienst aufnehmen konnte, war sie auch eher für internetaffine Menschen und nicht für hochbetagte Senioren leicht zu handeln. Nur wenige Tage später wurde das un-

faire Rennen beendet – alle zu diesem Zeitpunkt möglichen Termine waren vergeben. Die Gewinner konnten sich im Zweifelsfall über eine 100 Kilometer lange Fahrt bis zum Impfzentrum freuen. Wer die Kosten für die Fahrt, möglicherweise mit einem Taxi, übernehmen und wie die vom Land zunächst angekündigte Erstattung ablaufen sollte, blieb wieder einmal ein gut gehütetes Geheimnis.

Spätestens nach diesen zahlreichen Startschwierigkeiten wäre ein Impfgipfel mit Vertreterinnen und Vertretern der Impfteams, der Kommunen, des Bundes, der Pharmaunternehmen und der Gesundheitswirtschaft dringend angeraten gewesen. Eine neutrale Bestandsaufnahme, eine Analyse der Fehler, eine Optimierung der Abläufe und eine Beratung über die Verbesserung der Produktion von Impfstoff – all das hätte es gebraucht und würde es noch immer brauchen, um die hessische Impfstrategie zu einer echten Strategie zu machen. ●

Die klebrigen Finger des Finanzministers

Wenn der hessische Finanzminister vom Geld redet, gehen in den Kommunen alle Warnlampen an.

SPD-LANDESVERBAND – CHRISTOPH DEGEN

Immer, wenn die schwarzgrüne Landesregierung „Verbesserungen“ für die Finanzen der Städte, Gemeinden und Kreise verspricht, halten diese Versprechun-

gen einer kritischen Überprüfung nicht stand. Im wirklichen Leben verstärkt sich die Finanznot der hessischen Kommunen mit jeder neuen angeblichen Hilfe des Landes.

Der vielleicht größte Coup von Schwarzgrün war die sogenannte „Heimatumlage“: Seit der deutschen Wiedervereinigung haben die Kommunen in Westdeutschland einen Teil ihrer Gewerbesteuererinnahmen abgetreten, um die neuen Bundesländer finanziell zu unterstützen. Diese Umlage endete nach 30 Jahren und die Stadtkämmerer in Westdeutschland waren erleichtert, ab 2020 wieder mehr Geld zur eigenen Verfügung in den Kassen zu haben. 300 Millionen jährlich haben zuletzt allein die hessischen Kommunen in den West-Ost-Ausgleich eingezahlt – Geld, mit dem sich nach dem Ende

der Umlage Schulen sanieren, Schwimmbäder und Bibliotheken unterhalten oder Betreuungsangebote für Kinder, Jugendliche und Senioren ausbauen ließen.

Aber in den hessischen Kommunen hat man sich zu früh gefreut, denn die schwarzgrüne Landesregierung dachte gar nicht daran, die 300 Millionen denen zu geben, denen sie gehören.

Stattdessen erfand die hessische Landesregierung eine „Heimatumlage“, die diese 300 Millionen Euro in die Kasse des Landes umleitet. Von dort gehen 100 Millionen Euro in den Kommunalen Finanzausgleich (KFA) – und die restlichen 200 Millionen verteilt nun der Finanzminister an die Kommunen. Und zwar „projektbezogen“ und „auf Antrag“. Das bedeutet: Eine Gemeinde, die mit den Mitteln aus der früheren Gewerbesteuerumlage beispielsweise ihr Freibad sanieren wollte, muss dafür jetzt einen Antrag beim Land stellen und hoffen, dass auch die Landesregierung die Sanierung des Freibads für sinnvoll hält. Aller-

dings liegt der Verdacht nahe, dass man das im Rathaus vor Ort besser beurteilen kann als in den Bürostuben der Ministerien in Wiesbaden.

Das Schema wiederholt sich: Die sogenannte „Hessenkasse“ – von der Landesregierung lautstark angekündigt als Entschuldungshilfe für klamme Kommunen – wird zu 80 Prozent von den Städten und Gemeinden selbst finanziert, das Geld für die Kommunalen Investitionsprogramme (KIP) stammt gar zu 87 Prozent von den Kommunen und vom Bund. Aber immer präsentiert sich die schwarzgrüne Landesregierung als Helfer in der Not – auch wenn sie nur das Geld von anderen ausgibt.

Weil sie auf wirkliche und dauerhafte Unterstützung des Landes nicht bauen können, erhöhen die Kommunen ihre örtlichen Steu-

nehmensberatung EwY angegeben, dass es konkrete Pläne gebe, Steuern und Gebühren zu erhöhen. 37 Prozent müssen ihre Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger einschränken, also Schwimmbäder, Bibliotheken oder kulturelle Einrichtungen auflösen, Angebote der Jugendarbeit und Seniorenbetreuung reduzieren, Straßenbeleuchtungen abschalten oder sogar Kitas schließen.

Das alles ist das Ergebnis von nunmehr 22 Jahren CDU-Regierungen, in denen CDU-Finanzminister den Kommunen konsequent eine ausreichende Finanzausstattung verweigert haben. Und die seit sieben Jahren mitregierenden Grünen haben offensichtlich kein Interesse, daran etwas zu ändern.

Schwarzgrün ist nur ein anderes Wort für – Kommunalfeindlichkeit. ●

Straßenbeleuchtungen abschalten

ern und Abgaben: 85 Prozent der hessischen Städte und Gemeinden haben in einer Umfrage der Unter-



CHRISTOPH DEGEN
ist Generalsekretär
der hessischen SPD.

Ein Schlag ins Gesicht der Bürgerinnen und Bürger

Wenn die Straße vor dem Haus immer mehr einer Buckelpiste gleicht, dann ruft das in vielen Eigentümerinnen und Eigentümern ein mulmiges Gefühl hervor. Nicht weil das Fahren bis zur Einfahrt dann zunehmend einem Abenteuer gleicht, sondern vielmehr weil bei einer Sanierung zehntausende von Euro an Straßenausbaubeiträgen drohen.

SPD-LANDTAGSFRAKTION – GÜNTER RUDOLPH



GÜNTER RUDOLPH ist MdL und Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion.

Dass zahlreiche Kommunen bei Straßensanierungen Anwohnerinnen und Anwohner zur Kasse bitten dürfen oder vielmehr müssen, ist seit mehreren Jahren ein bekanntes hessisches Problem. Diverse Hilferufe von über 70 Bürgerinitiativen, zahlreichen Kommunen und Anwohnerinnen und Anwohnern dazu hat die schwarzgrüne Landesregierung beharrlich ignoriert. Dass die von ihr geschaffene Neuregelung der Straßenausbaubeiträge zu Ungerechtigkeiten vor Ort führt,

interessiert sie nicht. Und dass es von der finanziellen Situation der jeweiligen Kommune abhängt, ob einzelne Hauseigentümer zur Kasse gebeten werden müssen oder nicht, erst recht nicht.

Das Ungleichgewicht zwischen den Kommunen verstärkt sich

Dadurch und Anwohnerinnen und Anwohner werden teilweise in finanzielle Notlagen gestürzt, weil sie Straßenausbaubeiträge zahlen müssen, die bis zur Hälfte des Grundstückswerts betragen können. In den nächsten Jahren wird der Druck auf die Kommunen, Straßenausbaubeiträge zu erheben, wenn sie keinen finanziellen Ausgleich dafür bekommen, noch weiter steigen. Der Sanierungstau im Straßenbau in Hessen ist immens, doch die schwarzgrüne Regierungsmehrheit verweigert sich standhaft jeder Einsicht. Das immer wieder von ihr vorgetragene Argument, die Finanzierung könne nicht durch ein Landesgesetz geregelt werden, weil man damit in die kommunale Selbstverwaltung eingreife, klingt dabei wie Hohn in den Ohren der Beschwerdeführer.

Denn es ist gerade diese schwarzgrüne Landesregierung, die mit der Heimatumlage erneut in die Kassen der Kommunen gegriffen hat, um eigene Projekte zu finanzieren. Dass man die Kommunen mit dieser Methodik weiter finanziell schwächt, um dann bei der Frage der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge auf die kommunale Selbstverwaltung zu verweisen, ist absurd.

Ein Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zur vollständigen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge hatte der Landesregierung schon den Weg geebnet, doch auch diesen hat sie abgelehnt. Der Gesetzentwurf hätte die Zahlung einer Investitionspauschale an die hessischen Städte und Gemeinden in Höhe von 60 Millionen Euro vorgesehen und eine immense Last von den Schultern der Kommunen genommen. Und auch für den Haushalt 2021 hat die SPD-Fraktion erneut vergeblich die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gefordert – ein Schlag ins Gesicht der Bürgerinnen und Bürger.

Mit diesem Verhalten macht die Landesregierung vor allem eines deutlich: Sie ist alles, aber sicher kein verlässlicher Partner der hessischen Kommunen. ●

Foto: SPD-Landtagsfraktion, Luisa Neurath

Mo|bi|li|tät

In der Stadt mit dem Bus, auf dem Land mit dem Auto? Unsere Ansprüche an Mobilität wandeln sich und deshalb müssen sich auch unsere Fortbewegungsmöglichkeiten wandeln.

SPD-LANDTAGSFRAKTION – TOBIAS ECKERT

Das Wort „Mobilität“ gehört zu jenen Begriffen, unter denen alles oder auch nichts verstanden werden kann. Oft hilft in solchen Fällen ein Blick auf Synonyme wie „Flexibilität“ und „Beweglichkeit“.

Beides sind Begriffe, die sich jeder von uns im eigenen Alltag etwas leichter vorstellen kann. Mobilität bedeutet dann, dass jeder Hesse und jede Hessin bequem alles erreichen können muss, was er oder sie zum Leben braucht: Kita, Schule, Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte, Apotheken und nicht zuletzt den eigenen Arbeitsplatz. Damit dieses Ziel nicht zur Fantasterei, sondern auch für Menschen aus dem Vogelsbergkreis zur Realität wird, muss die Infrastruktur in unserem Land modernisiert und ausgebaut werden.

Hessen hat in der Vergangenheit immer wieder den Anspruch erhoben, eine führende Rolle in allen Fragen der Mobilität spielen zu wollen. Um diesem Anspruch aber gerecht werden zu können, brauchen wir neue

Wir wollen, dass der ÖPNV für alle Hessinnen und Hessen unter 18 kostenfrei wird.

Ideen für diese Fragen. Die SPD-Fraktion hat deshalb den Vorschlag gemacht, mit einer Enquetekommission Konzepte für die Mobilität der Zukunft in Hessen zu erarbeiten.

Dabei muss vor allem die Finanzierung unseres öffentlichen Personennahverkehrs in den Blick genommen werden. Wir wollen, dass der ÖPNV für alle Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleibt und für alle Hessinnen

und Hessen unter 18 kostenfrei wird. Außerdem muss die Frage betrachtet werden, wie die Corona-Pandemie die Ansprüche der Menschen an ihre eigene Mobilität verändert hat. Kehrt sich der Trend zum Leben in der Stadt um, weil gerade jüngere Menschen und Familien während der Pandemie festgestellt haben, welche Vorteile das Landleben bietet? Wie verändert sich die Arbeit und damit die Mobilität der Menschen durch mehr dauerhaftes Homeoffice?

Ob mit oder ohne Corona – die Fragestellungen in Bezug auf die Mobilität im ländlichen Raum sind andere als in der Metropolregion Rhein-Main. Sie müssen aber gemeinsam gelöst werden, damit Stadt und Land den Menschen, die dort leben und arbeiten, vergleichbar gute Chancen bieten können. Diese Aufgabe ist nicht leicht, denn die Mobilität von morgen muss vielen Ansprüchen gleichermaßen gerecht werden. Sie ist aber zu bewältigen. ●



Foto: iStock, sturti



IN DEN KOCHTOPF GESCHAUT

Fenchelauflauf

LIEBLINGSREZEPT UNSERES OBERBÜRGERMEISTERS VON MARBURG
DR. THOMAS SPIES

Zutaten für 4 Personen
🕒 30 Minuten, 🍴 ganz einfach,
🌱 vegetarisch

4 Knollen Fenchel
1-2 mittlere Bio-Karotten
1/2 l Gemüsebrühe
4 EL Olivenöl
2 Knoblauchzehen
1 große Kugel Mozzarella
3 gehäufte EL Reibe-Gouda
4 EL frisch geriebener Parmesan
Salz, schwarzer Pfeffer
1 Hauch Cayenne-Pfeffer
1 gehäufter EL Kapern

für die Tomatensoße
(alternativ fertig im Glas)
600g geschälte Tomaten
2 EL Olivenöl
1 große rote Zwiebel
2-3 Knoblauchzehen
2 EL Bio-Tomatenmark
Wenig Gemüsebrühe
1 gestr. TL Zucker, 1 TL Thymian
Oregano, Salz, Cayenne-Pfeffer
1 EL Kapern

für die Croûtons
4 alte/altbackene Brötchen

Und so wirts gemacht:

① Croûtons:

- Die Brötchen in Würfel (4 Hände voll) schneiden, in jeweils einer Schicht in wenig Butter in der Pfanne goldfarben anrösten (Vorsicht, werden schnell schwarz)

② Tomatensoße:

- Zwiebeln und Knoblauch klein schneiden und mit Tomatenmark in Olivenöl anschwitzen
- Geschälte Tomaten klein schneiden und dazugeben, mit Salz, Zucker, Thymian, einem Hauch Oregano, Pfeffer und Kapern abschmecken
- Circa 15 min köcheln lassen

③ Fenchel backen:

- Den Backofen auf 200 °C Ober- und Unterhitze vorheizen
- Fenchel putzen und kurz abspülen, trocknen und in Sechstel schneiden mit je einem Strunkanteil

- Karotten in Stifte schneiden
- Das gesamte Gemüse in einem größeren ofenfesten Bräter in Olivenöl scharf anbraten, dabei die Schnittflächen der Fenchelstücke 1 bis 2 Minuten bräunen
- Den durchgepressten Knoblauch in die heiße Gemüsebrühe geben und das Gemüse angießen
- Tomatensoße erhitzen, und Kapern hinzufügen und in die Lücken zwischen die Gemüsestücke füllen
- Mozzarella fein zerteilen und auf die Fenchelstücke verteilen
- Croûtons darüberschichten
- Dann den Reibe-Gouda und zuletzt den frisch geriebenen Parmesan darüber verteilen
- Auf der mittleren Schiene bei 200 °C circa 15 Minuten im Ofen garen (je nach Herd und Bräune bzw. „Knackigkeit“ des Gemüses auch kürzer), danach evtl. noch kurz übergrillen

Das Gewinnspiel

Gewinnen Sie mit etwas Glück ein regionales Weinpaket!

Dazu beantworten Sie einfach die folgende Frage und senden diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an den SPD-Landesverband Hessen, Kennwort: Gewinnspiel, Rheinstraße 22, 65185 Wiesbaden. Alternativ können Sie uns Ihre Antwort mit Ihren Kontaktdaten als E-Mail an quiz@spd-hessen.de schicken.

Wie viele hessische Kommunen gibt es?

A 382 B 403 C 422 Bitte ankreuzen

Vorname/Nachname	Straße/Nr., PLZ/Ort	Mail
------------------	---------------------	------

Alle richtigen Antworten nehmen an der Verlosung teil. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Benachrichtigung des Gewinners erfolgt auf dem Postweg.
[] Ja, ich möchte auch in Zukunft von der SPD Hessen informiert werden. Bitte setzen Sie sich mit mir unter den angegebenen Daten in Verbindung.
Einsendeschluss: 31.03.2021

DIE AGENTUR AN Eurer SEITE



GRAFIK

- Layouts
- Infografiken
- Gestaltung von Flyern & Broschüren
- Designentwicklung
- Logoentwicklung
- Einbindung ins Druckportal



KAMPAGNEN

- Strategieentwicklung
- Kandidat*innenberatung
- Kampagnenplanung
- Kreation
- Digitaler Wahlkampf und Social Media
- Plakate
- Spots
- Mediaplanung
- **WEBINAR:** Markenkommunikation in der Politik



PODCASTS

- Konzeption
- Beratung
- Technische Begleitung
- Postproduktion
- Full-Service-Koordination
- **WEBINAR:** Podcasten – aber richtig!



EVENTS

- Parteitage
- Wahlkampftouren
- Abendveranstaltungen
- Kongresse
- Markeninszenierung
- Konzeption
- Digitale Veranstaltungsformate
- Teilnehmer*innenmanagement
- **WEBINAR:** Digitale beteiligungsorientierte Veranstaltungsformate



SPONSORING

- Anzeigenvermarktung
- Parteitags-Sponsoring
- Event-Sponsoring



TEXTE

- Pressemitteilungen
- Broschüren & Flyer
- Magazingestaltung
- **WEBINAR:** Besser Schreiben – viel sagen mit wenigen Worten

EURE ANSPRECHPARTNER:

Thomas Mühlnickel
Geschäftsführer
muehlnickel@ask-berlin.de

Dennis Eighteen
Leiter Kommunikation und Neugeschäft, ppa.
eighteen@ask-berlin.de



ASK.Berlin ist ein Unternehmen der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin, Tel.: 030 740 731-600

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

SPD-Landesverband Hessen,
Rheinstraße 22, 65185 Wiesbaden
&
SPD-Fraktion im
Hessischen Landtag,
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden,

V. I. S. D. P.

Generalsekretär der SPD Hessen,
Christoph Degen

ANZEIGENLEITUNG

Michael Blum, Tel. 0611.9997713

ANZEIGENVERTRIEB

ASK-Agentur für Sales
und Kommunikation GmbH, Berlin

REDAKTION

Dr. Wilfried Lamparter
Bastian Fleig (verantwortlich),
Christoph Gehring,
Martina Häusl-David,
Isabel Kunkel,
Luisa Neurath

DESIGN

Manuela Kuhn . manuelakuhn.de



DRUCK

Kreisdruck Wiesbaden GmbH
Schultheißstraße 15, 65191 Wiesbaden

BILDER

Titel: iStock, LumiNola
Alle Fotos ohne eigene Quellenangabe:
Archiv der SPD Hessen oder
der SPD-Landtagsfraktion

Anzeige



Tel.: 06071 - 7387 10
www.ynot-gmbh.de
www.ynot-shop.de

Ihr kompetenter Werbemittel-Partner auch in Corona-Zeiten!



Neben dem bekannt breiten Sortiment aus Wahlkampfartikeln,
bieten wir Ihnen natürlich auch diverse Hygieneartikel an.

Genauere Infos bekommen Sie im digitalen Wahlkampfhandbuch der SPD Hessen,
telefonisch unter 06071-738710 oder per E-Mail an info@ynot-gmbh.de

Wir freuen uns darauf, Sie im kommenden Wahlkampf unterstützen zu dürfen!